

EU wird „Fiskalunion“

<http://iknews.de/2011/11/20/dr-schauble-die-fiskalunion-kommt-binnen-24-monaten/>

Ausschnitte aus der Rede vom früheren mehrfachen Bundesinnenminister, ehemals auch Bundesminister für besondere Aufgaben, ehemals auch Chef des Bundeskanzleramtes, derzeit Bundesfinanzminister, Schäuble auf dem *European Banking Kongreß* vom 18. November 2011:

„Das ökonomische Leitbild der Chicagoer School, daß unregulierte Märkte stets dem Allgemeinwohl dienen und daß eigentlich unregulierte Märkte fast die einzige notwendige Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand seien, ist nicht mehr unbestritten – um es zurückhaltend zu sagen.

Ich füge auch hinzu – es ist ganz wichtig, daß wir das Momentum aus den Krisen, aus den Erfahrungen zu lernen, nicht verlieren, daß wir nicht da eh davon nachlassen, weil uns ja die Erfahrungen seit 2010 noch zeigt, wir sind nicht – oder seit der Zeit Ende 2009 – wir sind nicht nach der Krise, sondern wir sind mittendrin, und wir sind im Gegenteil eher in einer Phase, wo es jetzt darauf ankommt. Äh, allzu viele Möglichkeiten haben wir nicht, insbesondere auch in der Eurozone, um die Probleme so zu lösen, daß wir schneller vorankommen. Wir brauchen eine Phase des Deleveragings der Geschäftsmodelle, oder wenn Sie wollen, eine Art Entziehungskur im regulatorischen Bereich.“

Hier hat Schäuble ein neues Wort erfunden. Leverage ist der Hebel, das Druckmittel, auch der Einfluß, und mit der Vorsilbe „de“ will er wohl einen dieser Begriffe umkehren. Entsprechend der danach erwähnten „Entziehungskur im regulatorischen Bereich“ sollen wohl noch mehr unregelte sog. Geschäftsmodelle der Finanzzunft dabei helfen, aus der von ihnen erst erzeugten Krise wieder hinauszukommen?

„So wie wir auf die Wirkung, äh, so wie wir auf die Funktion globaler leistungsfähiger Finanzmärkte nicht verzichten können, dürfen wir natürlich auch auf die Anreizwirkung von Zinsen nicht verzichten, weil sie Staaten, Parlamente, Regierungen zwingen, die notwendigen Entscheidungen zu treffen oder jedenfalls ihnen schwerer machen, auf Dauer falsche Entscheidungen zu treffen. Den Satz unterschreiben sie (Sie?) alle. Aber wenn wir dann sagen, daß wir eben deswegen, solange wir keine anderen Strukturen in der europäischen Währungsunion haben, nicht das Risiko für Anleihen vergemeinschaften können, weil wir damit die Anreizwirkung des Zinsmechanismus in dieser europäischen Währungsunion beseitigen, dann stößt das schon auf sehr viel Widerspruch. Und deswegen ist es gelegentlich wichtig, daß den Ökonomen durch Lawers (?) gesagt wird, was die Konsequenz von bestimmten Entscheidungen ist.“

Keine Ahnung, wen Schäuble mit „wir“ meint. Die Völker der Erde kämen meiner Ansicht nach viel besser ohne „Finanzmärkte“ aus, und natürlich auch ohne den Zwang, Zinsen zu erwirtschaften, die von den geldschöpfenden Banken nicht mitgeschöpft werden und die daher immer weitere Geldschöpfungen und sogenanntes Wirtschaftswachstum erfordern!

„Wenn man eine gemeinsame Währung hat ohne eine gemeinsame Finanz- und Budgetpolitik, dann hat man bestimmte Probleme. Und das ist, warum von Anfang an bezweifelt wurde, ob die europäische Währung funktionieren könne, und das ist, was derzeit getestet wird.“

Ach nee... der so umjubelte Euro ist nur ein TEST? Wir alle sind nur Versuchskaninchen in einem Währungsexperiment??

„Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Konkurrenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus. Das war die alte Ordnung, die dem Völkerrecht noch zugrunde liegt, mit dem Begriff der Souveränität, die in Europa längst ad absurdum geführt worden ist, spätestens in den 2 Weltkriegen der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen. Das wußte übrigens das Grundgesetz, das steht schon in der Präambel 1949, das Ziel, als gleichberechtigt in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.“

AHa, dann war also das letzte Oberhaupt eines souveränen Deutschlands WER?? Und überhaupt, wenn hier schon die Präambel des Grundgesetzes in der Originalfassung – vor den ca. 60 Änderungen und der Aufblähung von 146 auf 191 Artikel (Stand 2010 lt. Wikipedia) - bemüht wird, dann wollen wir den betreffenden Absatz auch komplett lesen:

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen,

von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk

in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern,

um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben,

kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. **Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.**“ Zitiert aus Bundesgesetzblatt Nr. 1 23. Mai 1949)

Herr Schäuble, es gibt auch heute noch Deutsche, die von dem Willen beseelt sind, **freie Selbstbestimmung, Einheit und Freiheit Deutschlands** zu verwirklichen und zu bewahren! Solche Deutschen werden heutzutage als „Rechte“ bzw. gleich als „Rechtsextremisten“ beschimpft und - entgegen § 3 GG Absatz 3 - wegen dieser ihrer politischen Weltanschauung von der Staatsgewalt bekämpft! Wo soll denn der sog. Verfassungsschutz die Verfassungsfeinde suchen? In den BRD-Parlamenten, im Bundestag, überall dort, wo Deutschland als „nationale und staatliche Einheit“ abgeschafft wird?

Abgesehen davon war es damals eine Anmaßung, für Deutsche außerhalb der BRD-Besatzungszone mitgehandelt zu haben, da parallel zu den Sitzungen des von den West-Alliierten eingesetzten Parlamentarischen Rates eine echte Verfassung erarbeitet wurde, die dann tatsächlich von 2010 Volksvertretern aus ALLEN Besatzungszonen am 30.05.1949 angenommen wurde. **Somit war bereits nach 1 Woche Gültigkeit das BRD-Grundgesetz als „Übergangsordnung“ dank seines § 146¹ wieder aufgehoben** □

„Und deswegen ist der Versuch, in der europäischen Einigung eine neue Form von Governance² zu schaffen, wo eben es nicht eine Ebene, die für alles zuständig ist und die dann im Zweifel durch völkerrechtliche Verträge bestimmte Dinge auf andere überträgt, nach meiner festen Überzeugung für das 21. Jahrhundert ein sehr viel zukunftsweisenderer Ansatz, als der Rückfall in die Regelungsmonopolstellung des klassischen Nationalstaates vergangener Jahrhunderte.“

Durch die EU wird diese nationalstaatliche Ebene lediglich auf eine übergeordnete, überstaatliche Ebene verlagert. Die von Schäuble zitierte Präambel-Floskel „gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa“ (vereint kleingeschrieben!) läßt keineswegs den Schluß zu, daß hier die „Vereinigten Staaten von Europa“ mit einer Zentralregierung angestrebt werden sollen - zumal dadurch Begriffe wie „freie Selbstbestimmung“ und „Freiheit“ inhaltslos würden.

„...viele sagen ja, ooch, Vertragsänderung und wie das alles schwierig ist und so. Ich möchte Ihnen ganz klar sagen, daß ich ziemlich überzeugt bin, daß wir in einer Zeit von weniger als 24 Monaten in der Lage sind und in der Lage sein werden, das europäische Regelwerk so zu verändern. Wir brauchen nur das Protokoll Nr. 14 – wer’s nachlesen möchte – im Lissabonvertrag so aufzubauen, daß wir daraus eine – die Grundzüge einer Fiskalunion für die Eurozone schaffen.“

Diese Grundzüge einer Fiskalunion wurden wenig später, am 9. Dezember 2011 bereits beschlossen. Dazu gaben die im Europäischen Rat vertretenen Staats- und Regierungschefs der Euroländer eine entsprechende Erklärung ab. Hier ein Auszug:

Eine verstärkte Architektur für die Wirtschafts- und Währungsunion

1. Stabilität und Einheit der Wirtschafts- und Währungsunion und der Europäischen Union insgesamt erfordern eine rasche und energische Durchführung der bereits vereinbarten Maßnahmen ebenso wie weitere inhaltliche Schritte hin zu einer echten "fiskalpolitischen Stabilitätsunion" im Euro-Währungsgebiet. Neben der einheitlichen Währung ist eine starke wirtschaftliche Säule unerläßlich. Um haushaltspolitische Disziplin und eine vertiefte Integration des Binnenmarkts sowie ein stärkeres Wachstum, eine größere Wettbewerbsfähigkeit und einen

1 § 146 betrifft die Gültigkeit des GG, bis eine vom deutschen Volk beschlossene Verfassung in Kraft tritt.

2 = Regierung, Regierungsform, zur Tarnung gerne erklärt als: Steuerung und Führung von Strukturen im privaten sowie öffentlichen Bereich

stärkeren sozialen Zusammenhalt zu fördern, bedarf es als Grundlage einer verstärkten Steuerung...

2. Eingedenk dieses übergreifenden Zieles und in der festen Entschlossenheit, gemeinsam die derzeitigen Schwierigkeiten zu überwinden, haben wir heute einen neuen "fiskalpolitischen Pakt" und eine erheblich stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik in Bereichen von gemeinsamem Interesse vereinbart.

3. Dazu wird eine neue Abmachung zwischen den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets erforderlich sein, die in gemeinsamen, ehrgeizigen Regeln zu verankern ist, mit denen das starke politische Engagement dieser Mitgliedstaaten in einen neuen Rechtsrahmen überführt wird.

7. Auf längere Sicht werden wir weiter darüber beraten, wie wir die fiskalpolitische Integration weiter vertiefen können, damit sie dem Ausmaß unserer gegenseitigen Abhängigkeit besser entspricht. ...

9. Wir verpflichten uns, auf eine gemeinsame Wirtschaftspolitik hinzuarbeiten. Es wird ein Verfahren eingeführt, das sicherstellt, daß alle wichtigen wirtschaftspolitischen Reformpläne der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets auf Ebene des Euro-Währungsgebiets erörtert und abgestimmt werden, um Benchmarks für vorbildliche Vorgehensweisen festzulegen. ...

13. Wir sind uns einig, daß das Inkrafttreten des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beschleunigt werden muß. Der Vertrag tritt in Kraft, sobald er von Mitgliedstaaten ratifiziert wurde, deren Kapitalverpflichtungen 90 % des Kapitals ausmachen. Unser gemeinsames Ziel ist es, daß der ESM im Juli 2012 in Kraft tritt.

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) tat am 9.11. (!) 2011 seine originelle Auffassung von „Souveränität“ kund. Er nannte die Europäische Union einen "historisch einzigartigen, beispiellosen und zugleich beispielhaften Weg einer europäischen Gemeinschaft, deren Mitgliedstaaten Souveränitätsrechte mit dem Ziel übertragen, ihre Souveränität zu wahren."

Der gesunde Menschenverstand scheint ein Haupthindernis für politische Karrieren in der BRD oder gar in der EU zu sein...